

Karl Heinrich Pohl

Aufbruch in die Moderne

Die Gründungsgeschichte des Gebr. Arnhold'schen Pensionsvereins



Karl Heinrich Pohl

Aufbruch in die Moderne

Die Gründungsgeschichte des Gebr. Arnhold'schen
Pensionsvereins

Vandenhoeck & Ruprecht

ISBN 978-3-525-31182-0

ISBN 978-3-647-31182-1 (PDF)

ISBN 978-3-666-31182-6 (eLibrary)

DOI: <https://doi.org/10.13109/9783666311826>

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2026 Brill Deutschland GmbH, Robert-Bosch-Breite 10, 37079 Göttingen, Deutschland

Alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk sowie einzelne Teile desselben sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Verlags nicht zulässig. Text- und Datamining zu kommerziellen Zwecken bedarf der Genehmigung des Verlags.

Vandenhoeck & Ruprecht und Brill Deutschland GmbH sind Teil von De Gruyter Brill.
www.degruyterbrill.com

Fragen zur allgemeinen Produktsicherheit: productsafety@degruyterbrill.com

Einbandabbildung: Stammhaus des Bankhauses Gebr. Arnhold in der Waisenhausstraße 18–22 in Dresden. Entnommen aus: Bankhaus Gebr. Arnhold Dresden / Berlin – Verzeichnis der uns nahestehenden Gesellschaften, 3., verbesserte Auflage 1929, gedruckt in der Hausdruckerei des Bankhauses Gebr. Arnhold Dresden / Berlin, S. 2.

Einbandgestaltung: SchwabScantechnik, Göttingen

Satz: textformart, Daniela Weiland, Göttingen

Druck: Elanders Waiblingen, Waiblingen

Inhalt

Vorwort	7
Einleitung	11
Zu den verwendeten Begriffen	14
Die räumlichen Rahmenbedingungen	15
Die Familie Arnhold: Banker, Mäzene, Sozialpolitiker – und Juden	34
Juden in Deutschland und die jüdische Minderheit in Sachsen	34
Der ökonomische Aufstieg der Arnholdfamilie	37
Die bürgerlichen Tugenden und der Erfolg der Arnholds	47
Die Familie Arnhold und die Politik	52
Das Projekt des Dresdener Pensionsvereins: Moderne Sozialpolitik, unternehmerische Novität und bürgerliches Verantwortungsbewusstsein	62
Was ist ein Pensionsverein?	62
Der Arnhold'sche Pensionsverein im Kontext der Zeit	64
Das Projekt des Dresdener Pensionsvereins	70
Das Georg Arnhold Bad: Gesundheitspolitik, Sozialfürsorge und Mäzenatentum	98
Das politische und gesellschaftliche Umfeld	98
Die Arnholds und »ihr« Bad	100
Die Epochenzäsur 1933	103
Ausblick	106
Nachgeschichte: Die Dresdener Pensionskasse VVaG	109
Abkürzungsverzeichnis	111
Abbildungsnachweise	112

6 Inhalt

Quellen- und Literaturverzeichnis	114
Archivalien	114
Gedruckte Quellen	114
Literaturverzeichnis	115
Personenverzeichnis	120

Vorwort

Die Entstehung dieser Studie hat viele Ursachen. Das hängt vor allem mit den Besonderheiten des Landes Sachsen und mit meinem langjährigen Interesse an dieser Region zusammen. Sachsen war zwar nur ein kleines Land, daran zu erinnern ist wichtig. Von Sachsen gingen aber trotzdem – vor allem im späten Kaiserreich – eine Reihe von Impulsen aus, die eine überregionale Bedeutung erlangten und sich als wegweisend für die Zukunft Deutschlands herausstellten.

In diesem Zusammenhang sind vor allem die unternehmerischen Initiativen in der Sozialpolitik um die Jahrhundertwende zu nennen. Zu ihnen gehörten u. a. die Gründung des Arnhold'schen Pensionsvereins, die Etablierung der Versicherung für Angestellte durch die Initiative des jungen Gustav Stresemann im Jahre 1913 sowie die langjährigen intensiven sozialpolitischen Aktivitäten des Sozialreformers Karl Viktor Böhmert.

Diese Initiativen waren (nicht nur) in ihrer Zeit umstritten. Aus heutiger Sicht aber ist unbestritten, dass es neue Ansätze zur Lösung großer sozialer und – indirekt auch – politischer Probleme waren. Nicht zuletzt deshalb scheint es gerade in den jetzigen Zeiten großer Instabilitäten sehr sinnvoll zu sein, sich mit den Zielsetzungen dieser Projekte auseinanderzusetzen.

Als Gründe für die damaligen Initiativen sind vor allem die unübersehbaren Verwerfungen in der politischen, ökonomischen und sozialen Struktur des Landes Sachsen um die Jahrhundertwende zu nennen. Hervorzuheben ist etwa das eklatante Missverhältnis zwischen konservativ, agrarisch beeinflussten Machtstrukturen und den Bedürfnissen eines modernen, mittelständisch geprägten Industriestaates mit seinen Unternehmern und Arbeitern. Sachsen war schließlich der am frühesten und stärksten industrialisierte Staat im Kaiserreich und eine wichtige Industrieregion in Mitteleuropa.

Einen großen Konfliktherd stellte in diesem Kontext zugleich – um auf die Ebene der politischen Partizipation einzugehen – das auch nach damaligen Maßstäben höchst ungerechte Landtagswahlrecht und noch viel stärker, das in den Städten praktizierte restriktive Kommunalwahlrecht dar. Forderungen der sich politisch vor allem um die Sozialdemokratie scharenden Arbeiterschaft nach stärkerer Berücksichtigung blieben lange Zeit erfolglos. Aufgrund der polizei- und vereinsrechtlich flankierten Ausgrenzung erhielten daher die Kräfte in der Sozialdemokratie Auftrieb, die es sich zum Ziel setzten, den – aus ihrer Sicht – überholten »sächsischen Klassenstaat« zu überwinden.

Bei etwas näherem Hinschauen sind aber, trotz aller sozialer und politischer Spannungen, von bürgerlicher Seite aus Bemühungen zu erkennen, den gesell-

8 Vorwort

schaftlichen, sozialen und politischen Antagonismus zu überwinden, mit dem Ziel eine moderne, klassenübergreifende »Volksgemeinschaft« zu etablieren. Dort sollten sich – so die Perspektive – die starken Gegensätze allmählich zu Gunsten eines politischen und sozialen Miteinanders auflösen – trotz aller real vorhandenen Hindernisse. Eine solche Volksgemeinschaft würde – so die Hoffnung – die sozialistische Arbeiterbewegung »überflüssig« machen. Diese müsste insofern nur noch indirekt bekämpft werden. Eine enge Kooperation aber – das war allgemeiner Konsens – wollte man möglichst vermeiden.

Die hierbei verfolgte bürgerliche Strategie sah vor, einerseits die soziale Basis des Bürgertums durch Anbindung der höheren Angestellten (auch Privatbeamte genannt) zu verbreitern und zu festigen und andererseits mit sozialen Aktivitäten die bestehenden erheblichen sozialen und ökonomischen Ungleichheiten zumindest ein wenig zu mindern. Damit war zugleich – dies erwies sich als besonderes Anliegen der Familie Arnhold – das Ziel verbunden, die jüdische bürgerliche Minderheit, zu der sie gehörte, in das Gesellschaftssystem, noch stärker als bis dahin geschehen, zu integrieren.

Das Interesse gerade an dem sozialen Reformprojekt der Gebrüder Arnhold speist sich aus mehreren Quellen. Zum einen ist es das Projekt selber, das bislang in der Öffentlichkeit nahezu unbekannt geblieben ist.¹ Das aber stellt ein erhebliches Defizit dar. Der Arnhold'sche Pensionsverein wollte nämlich mehr, als nur die eigenen höheren Angestellten im Alter und bei Invalidität sozial standesgemäß absichern und sie damit indirekt an die Arnhold'schen Unternehmen binden. Er diente auch nicht in erster Linie nur dazu, die Gewinne der Arnholdbank zu erhöhen.

Er war vielmehr – und das soll im Folgenden vertieft dargestellt werden – zugleich ein Angebot und ein Vorbild dafür, wie gesellschaftliche Probleme der Zeit auf dem Weg des Miteinanders und des sozialen Ausgleiches hätten überwunden werden können – und das mit friedlichen Mitteln und auf reformerischem Wege.

Der Arnhold'sche Pensionsverein war damit ein wichtiger Beitrag, den sächsischen Staat im wirtschaftsbürgerlichen Sinne zu reformieren. Insofern stellte das Vorhaben auch einen Gegenentwurf zum Gesellschaftsmodell der Sozialdemokratie dar. Es sollte die Sozialdemokratie schwächen und die Arbeiterschaft mit dem Staat versöhnen – auch ohne einen völligen Systembruch.

Darüber hinaus handelt es sich um ein Projekt, das Deutsche jüdischen Glaubens – in diesem Falle die Familie Arnhold – initiiert und dauerhaft verfolgt hatten. Insofern steht es exemplarisch für deren Rolle im progressiven Bürgertum im deutschen Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Dabei wird klar,

1 In der umfassenden neuen Studie von James Retallack: Das rote Sachsen. Wahlen, Wählerschaft und politische Kultur im Kaiserreich, Dresden 2023, kommt der Name »Arnhold« nicht ein einziges Mal vor. Allerdings hat die – ansonsten brillante – Studie von Retallack auch einen anderen Problemzugriff.

welch große Bedeutung ihr Wirken hatte und welcher Verlust die Auslöschung des Judentums allein schon aus der Sicht dieses bürgerlichen Projektes darstellte.

Nicht zuletzt ist der Zeitraum um die Jahrhundertwende vom 19. zum 20. Jahrhundert für das Entstehen dieser Studie besonders wichtig. Sie gilt nicht nur für viele Historiker und Zeitgenossen als Phase eines möglichen Aufbruchs in eine positive Zukunft, sondern im Jahr 1901 entstand auch der Gebr. Arnhold'sche Pensionsverein, dessen Gründung sich im Jahre 2026 zum 125. Mal jährt. Das war der gewissermaßen äußere Anlass, sich dieses Themas intensiver anzunehmen.

Der Zufall führte schließlich Verfasser und Pensionsverein zusammen. Während sich der Pensionsverein zum Jubiläum eine neue Abhandlung wünschte, suchte der Verfasser für seine geplante Studie über das soziale Engagement der Familie Arnhold Quellen bei der Pensionskasse in Kulmbach. Beiderseitige Interessen deckten sich bald in dem Wunsch, die Geschichte des Vereins noch einmal – nach der Darstellung von Claus Simmich aus dem Jahre 2001² – nun auch unter übergreifenden Fragestellungen zu untersuchen. Auch aus diesen Gründen ist dieses Buch entstanden, einer Kooperation des Verfassers mit dem Arnhold'schen Pensionsverein, jetzt Dresdener Pensionskasse.

Kooperationen zwischen Firmen und Historikern können zu einem möglichen Interessenkonflikt führen, eine Einflussnahme der Firma nahelegen. Diese Studie, die bereits vor der Kooperation in Grundzügen vorlag, ist jedoch vollständig unabhängig verfasst worden. Der Pensionsverein hat zu keiner Zeit Einfluss auf den Text und die Gestaltung nehmen wollen. Er hat allerdings bereitwillig die Quellen und Materialien des Vereins zur Verfügung gestellt, die Finanzierung der Veröffentlichung übernommen und war in jeder Beziehung ein höchst hilfreicher Kooperationspartner.

Die vorliegende Studie will – darin decken sich die Intentionen von Verfasser und Pensionsverein – ein breites interessiertes Publikum und nicht nur die Fachwissenschaft ansprechen. Inhalt, Form, Stil und Sprache der Darstellung sind daher dieser Zielsetzung weitgehend angepasst worden. Es handelt sich mithin um eine eher »wissenschaftsnahe« Darstellung. Dementsprechend wurde auch der Anmerkungsapparat auf ein Minimum reduziert.

Der Verfasser hat – neben der Unterstützung durch den Pensionsverein – Vielen zu danken: In erster Linie stützt sich die Studie auf die umfangreichen, quellengesättigten »Vorarbeiten« von Simone Lässig, die in zahlreichen Aufsätzen und Büchern das Feld »Juden in Sachsen« und »Tätigkeit der Familie Arnhold« seit Jahrzehnten intensiv untersucht hat. Schon die Studie über den Pensionsverein aus dem Jahr 2001 von Claus Simmich schöpfte aus ihren Erkenntnissen und stützte sich in vielen Teilen auf ihre Publikationen. Allerdings stand die Geschichte des Pensionsvereins nur indirekt im Mittelpunkt ihrer Forschungen.

2 Simmich, Claus: 100 Jahre Dresdener Pensionsverein a. G., 1901–2001, Chronik einer überbetrieblichen Pensionskasse, Kulmbach 2001.

10 Vorwort

Ferner sind die Kollegen aus dem Umfeld in Sachsen zu nennen, die durch zahlreiche Hinweise geholfen, auf Quellen hingewiesen, auf viele Fehler und Ungenauigkeiten aufmerksam und manch positiven Vorschlag zur Verbesserung des Manuskriptes gemacht haben. Genannt sei hier vor allem Holger Starke, der durch seine profunde Kenntnis der sächsischen und vor allem der Dresdner Geschichte dem Buch wichtige fachliche Konturen gegeben und die Darstellung damit maßgeblich beeinflusst hat.

Die Zusammenarbeit mit dem Verlag Vandenhoeck & Ruprecht war, wie immer, außergewöhnlich fruchtbar. Mein größter Dank gilt aber der Dresdener Pensionskasse, Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit (VVaG) in Kulmbach. Nach der Umbenennung firmiert der Arnhold'sche Pensionsverein unter diesem Namen. Die Dresdener Pensionskasse hat mir nicht nur alle im hauseigenen Archiv vorhandenen Quellen und Materialien bereitwillig zur Verfügung gestellt – hier ist besonders die Prokuristin und Aktuarin Birgit Jung zu nennen – sondern jegliche Unterstützung auch bei komplizierten Fachfragen gewährt und das Projekt in jeder Hinsicht gefördert. In diesem Zusammenhang muss vor allem der Vorstandsvorsitzende Christian Burger genannt werden, der das Entstehen der Studie mit großem Engagement unterstützt und begleitet hat.

Kiel im Frühjahr 2026
Karl Heinrich Pohl

Einleitung

In den Jahrzehnten zwischen 1880 und 1930, in einer Situation zwischen Fortschrittseuphorie und Weltuntergangsstimmung, liegt die Entstehung unserer modernen Lebenswelt, die bis heute das Bild unserer Gesellschaft und die Subjektivität ihrer Menschen prägt. Der Aufbruch in die Moderne entließ die Zeitgenossen in eine von Grund auf veränderte Alltagswelt, in der sich neue Wahrnehmungs- und Verhaltensweisen entwickelten [...].³

In dieser Epoche [Jahrhundertwende vom 19. zum 20. Jahrhundert] finden sich die kontroversesten Entwürfe, wie man die Welt sieht, wie man lebt, wie man sich streitet, wie man miteinander umgeht. Alles das, wovon wir heute noch zehren, ist damals gedacht und auch versucht worden, und zwar in kontroverser Form.⁴

Die Jahrhundertwende stellt – darin ist sich die Geschichtswissenschaft (fast) einig – ein »Laboratorium der Moderne« dar.⁵ Vieles schien in dieser Zeit möglich, manches umsetzbar und die Zeit offen für eine neue, zukunftsfrohe oder aber auch krisenhafte Entwicklung zu sein. Das galt sowohl für das Reich insgesamt, als auch für das Königreich Sachsen und nicht zuletzt für dessen Residenzstadt Dresden.

Vorwärtsweisende Euphorie einerseits sowie große Unsicherheit andererseits waren die Begleiterscheinungen dieser Übergangszeit in nahezu allen Gesellschaftsschichten. Besonders optimistisch blickte jedoch das aufstrebende Bürgertum in die Zukunft. Dort spielte die Hoffnung auf eine schrittweise Modernisierung im Sinne ihres Ideals einer bürgerlichen Gesellschaft in Reich, Königreich und Kommunen eine entscheidende Rolle. Neben Kultur, Ökonomie und der sozialen Frage zielte das Modell vor allem aber auch auf eine Modernisierung der Politik ab.

Eines ihrer wichtigen Ziele war es, die eigenen politischen und ökonomischen Entfaltungsmöglichkeiten zu erweitern und zugleich die hierbei hinderlichen Spannungen in der Gesellschaft mit Hilfe des bürgerlichen *sozialen Modells* abzubauen, also versöhnend zu wirken. Die tiefen Gräben zwischen Arbeiterschaft und dem Bürgertum sollten auf diese Weise überwunden und in einem bürgerlichen

3 Nitschke, August u. a. (Hg.): Jahrhundertwende. Der Aufbruch in die Moderne 1880–1930, Bd. 1, Hamburg 1990, Klappentext.

4 Peukert, Detlev, J.K.: Diskussionsbeitrag: Jahrhundertwende. Eine Epoche?, in: Nitschke: Jahrhundertwende, Bd. 1, S. 19.

5 Ausführliche Diskussion dieser Problematik in den beiden Sammelbänden von Nitschke, August (Hg.): Jahrhundertwende; dort auch weiterführende Literatur und viele Anregungen zu dem Thema.

12 Einleitung

»Volksstaat« gebündelt werden. Dieser »Volksstaat« sollte – dies war ein weiteres bürgerliches Interesse – dem Wirtschaftsbürgertum weitgehend freie Hand lassen. Das war ein politischer Ansatz, den besonders Gustav Stresemann sowohl im Kaiserreich als auch in der Weimarer Republik vehement vertrat.⁶

Der Wunsch nach politischer Modernisierung – allerdings auf eine eigene, zumindest verbal revolutionäre Weise – beflügelte auch die sozialdemokratische deutsche Arbeiterbewegung, wenngleich sie bei diesen Bemühungen überall massivem Widerstand begegnete. Die starken, im Reich, in Sachsen und auch in Dresden politisch weitgehend ausgegrenzten, Sozialdemokraten hofften trotzdem – das traf vor allem auch auf die mächtigen Freien Gewerkschaften zu – auf Anerkennung durch Staat und Unternehmer, auf mehr »Gerechtigkeit« und mehr politische und ökonomische Partizipation.⁷

Nicht zuletzt waren es auch die Juden in Deutschland, die auf ihre weitere Emanzipation hofften, wenngleich ihre rechtliche Benachteiligung in der deutschen Gesellschaft – das mag angesichts des Geschehens im 20. Jahrhundert überraschen – immerhin schon schrittweise abgebaut worden war. Sie war zwar nach wie vor erheblich, aber längst nicht so stark wie etwa die der Sozialdemokraten. Die Juden hofften, den nach wie vor offenen oder doch latenten Antisemitismus, der im Kaiserreich und besonders auch in Dresden nach wie vor vorhanden war – und zeitweise sogar wieder wuchs – endlich überwinden zu können und insofern als ganz »normale« Deutsche akzeptiert zu werden.⁸

Kurzum: Vieles – wenngleich auch nicht alles – schien zu dieser Zeit möglich zu sein: Reaktion oder Fortschritt, sozialer Zusammenhalt oder eine noch tiefere Spaltung der Gesellschaft, Klassenkampf oder »Volksgemeinschaft«, wirtschaftliche Expansion oder aber Depression, Weiterentwicklung hin zu einer modernen Gesellschaft und einem modernen Sozialstaat oder aber doch Stagnation oder sogar Reaktion.⁹

In diesen Kontext des Aufbruchs in die »bürgerliche Moderne« soll die Geschichte des jüdischen Bankhauses Arnhold und die Gründung seines Dresdener Pensionsvereins eingeordnet werden. Die Lebensführung der Familie Arnhold und – paradigmatisch für das bürgerliche Handeln – das Projekt des Pensionsvereins passen präzise in diese »zukunftsfrohe« Zeit.

6 Pohl, Karl Heinrich: Gustav Stresemann. Biografie eines Grenzgängers, Göttingen 2015.

7 Zur sächsischen Sozialdemokratie in Kaiserreich und zu Beginn der Weimarer Republik immer noch Standard: Rudolph, Karsten: Die sächsische Sozialdemokratie vom Kaiserreich zur Republik (1871–1923), Weimar u. a., 1995; danach auch die folgenden Gedanken. Vgl. auch Schmeitzner, Mike/Rudloff, Michael (Hg.): Geschichte der Sozialdemokratie im Sächsischen Landtag. Darstellung und Dokumentation 1877–1997, Dresden 1997.

8 In diesem Sinne vor allem die breite Palette der Publikationen von Simone Lässig.

9 Literarisch ist diese Aufbruchsstimmung und besonders der Weg einer wirtschaftsbürgerlichen jüdischen Familie in all seinen Facetten in Deutschland vom Kaiserreich bis zum Nationalsozialismus besonders deutlich herausgearbeitet worden durch Tergit, Gabriele: Effingers, Roman, Frankfurt a. M. 2019.

Das Handeln der Familie Arnhold deutete einen Weg in eine soziale bürgerliche Moderne an, wie wir sie heute so ähnlich, wenn auch deutlich modifiziert, kennen. Es favorisierte die Idee einer Integration möglichst vieler Menschen in das bürgerliche Modell. Es war so vorwärtsweisend, dass das »Leuchtturmprojekt« Pensionsverein bis heute in unserem modernen Sozialstaat fortbesteht und dort eine wichtige Rolle spielt. Der Pensionsverein steht somit für die Kontinuität bürgerlich – sozialen Handelns vom Kaiserreich bis in die Gegenwart.

Zugleich aber konnte dieser Weg – *das wäre zu diskutieren* – möglicher Weise auch wegen des inhärenten Selektionsmechanismus gegenüber der starken, organisierten sozialdemokratischen Arbeiterbewegung und trotz des angestrebten sozialen Engagements allerdings auch zu einer weiteren Spaltung der Gesellschaft führen. Es mochte den Kampf von Bürgertum und herrschenden Konservativen gegen die »revolutionäre«, alles gleichmachen wollende Sozialdemokratie, so die Sichtweise des Bürgertums, vertiefen. Insofern hätte der Arnhold'sche Weg möglicherweise sein Ziel verfehlt und, ob gewollt oder nicht, die tiefe Spaltung der deutschen Gesellschaft nicht überwunden, sondern geradezu in das Gegenteil verkehrt. Inwieweit das zutrifft, wäre zu untersuchen und soll im Folgenden näher diskutiert werden.

Zugleich aber – und das ist eine zweite Ebene der Arnhold'schen Lebensführung und des Projektes der Pensionskasse – kann die Arnhold'sche Initiative auch als Versuch gewertet werden, die Integration der Deutschen jüdischen Glaubens in die bürgerliche Stadtgesellschaft Dresdens und darüber hinaus in König- und Kaiserreich voranzutreiben. Diese Entwicklung wurde, obwohl sie, wie das Beispiel der Arnholds zeigt, weit fortgeschritten war, dann allerdings jäh durch die Herrschaft des Nationalsozialismus bis in die Wurzeln hinein zerstört.

Insofern wohnte dem Arnhold'schen Projekt ein doppelter Modernisierungsschub inne: Es wollte einerseits vor allem die soziale Lage der Beamten und Angestellten (also »den« Bürgern) verbessern und zugleich systemstabilisierend auf eine »Volksgemeinschaft« hinarbeiten, in der später auch die Arbeiter ihren Platz haben würden. Zugleich und andererseits wollte es das Judentum noch stärker in die deutsche bürgerliche Gesellschaft integrieren. Mit diesem zweiten Wunsch ist das hoffnungsfrohe Projekt allerdings komplett gescheitert.¹⁰

10 Lässig, Simone: Nationalsozialistische »Judenpolitik« und jüdische Selbstbehauptung vor dem Novemberpogrom. Das Beispiel der Dresdner Bankiersfamilie Arnhold, in: Pommerin, Rainer (Hg.): Dresden unter dem Hakenkreuz, Köln 1998, S. 129–192. Vgl. ferner Köhler, Manfred: »Vertrauenswürdig wie ein Beichtvater und mit Nerven wie Schiffstau«. Von der Bank für Brauindustrie zur Frankfurter Bankgesellschaft, Frankfurt a. M. 2011, S. 103–166.

14 Einleitung

Zu den verwendeten Begriffen

Unter »modern« wird hier – methodisch wenig reflektiert – ein soziales, kulturelles, politisches und ökonomisches System verstanden, wie es gegenwärtig in der Bundesrepublik existiert und sich historisch bis in die Gegenwart hinein entwickelt hat. Es entspricht damit der idealtypischen Idee einer »Sozialen Demokratie«. Diese steht für eine »gerechtere« Gesellschaft, für soziale Sicherheit und mögliche Chancengerechtigkeit. Zu ihren Grundprinzipien gehören das Prinzip der Demokratie und eine (kapitalistische) Marktwirtschaft mit sozialen Abfederungsmechanismen.

Das gegenwärtige politische (demokratische), soziale, kulturelle und ökonomische (kapitalistische) System in der Bundesrepublik, das – zumindest theoretisch – versucht auf der sozialen Ebene, einen überbordenden Kapitalismus sozial einzuhegen und einen Sozialstaat zu festigen, stellt insofern den hier benutzten Maßstab für die historische Entwicklung in der hier betrachteten zeitlichen Epoche dar – ohne es jedoch etwa als »ideal« oder schon abgeschlossen hinstellen zu wollen.

Unter *Bürgertum* wiederum wird – idealtypisch und ebenfalls äußerst unscharf – eine Vergesellschaftungsform der Mittelschichten verstanden, die sich durch Mentalitäten, kulturelle Vorstellungen und einen bestimmten Lebensstil auszeichnet. *Bürgerlichkeit* bedeutet in diesem Kontext die Akzeptanz eines Wertehimmels der u. a. auf Arbeit, Leistung, Bildung, Vernunft, auf Selbstreflexion abzielt und die Bedeutung der Persönlichkeit, den Stellenwert des Individuums, in den Mittelpunkt rückt.¹¹ Insofern ist das Bürgertum nicht in erster Linie eine materielle Klasse, sondern entscheidend sind die Akzeptanz und die Annahme des »bürgerlichen Wertehimmels« und damit die Übernahme einer *bürgerlichen Lebensführung*, weitgehend unabhängig von der sozialen und materiellen Basis.

Der Begriff *Volksstaat* wird hier in seiner Bedeutung gebraucht, wie er um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert, zeitlich also deutlich vor seiner Pervertie-

11 Lässig, Simone: Mäzenatisches Handeln und politische Bürgerlichkeit. Zur politischen und sozialen Dimension der kulturellen Praxis von Juden und anderen Bürgern in den Kommunen des deutschen Kaiserreiches, in: JzLF 13 (2001), S. 81. Danach auch das Folgende. Dort auch weitere Literaturhinweise. Die Literatur zum Bürgertum ist nahezu unbegrenzt. Allein fast dreißig Bände zum Bürgertum sind im Rahmen des Bielefelder Sonderforschungsbereiches zum neuzeitlichen Bürgertum im internationalen Vergleich erschienen. Ähnliches gilt für das »Frankfurter Projekt« von Lothar Gall. Ferner Kocka, Jürgen (Hg.): Bürgertum im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich, 3 Bde., München 1988. Vgl. zum Stand der Forschung ausführlich: Schulz, Andreas: Lebenswelt und Kultur des Bürgertums im 19. und 20. Jahrhundert, München 2005, S. 55–61; zum Stadtbürgertum, S. 61–64, dort viele Literaturhinweise. Ferner zum Werthimmel des Bürgertums: Hettling, Manfred/Hoffmann, Stefan Ludwig: Der bürgerliche Werthimmel. Innenansichten des 19. Jahrhunderts, Göttingen 2000. Seit einigen Jahren ist das Thema aber nicht mehr sehr aktuell.

rung durch die Nationalsozialisten, verwendet wurde. Von den Nationalliberalen (Stresemann) oder auch vielen Wirtschaftsbürgern (Arnholds) benutzt, verstanden diese darunter – sehr allgemein ausgedrückt – einen Staat, der extreme Staatsformen, vor allem sozialistische, ablehnte, Revolutionen für kontraproduktiv hielt und stattdessen eine durch das Bürgertum geprägte Staatsform bevorzugte.

In diesem Modell sollten, in einer Kombination von gemäßigter parlamentarischer Demokratie – nicht unbedingt verwirklicht durch ein in unserem heutigen Sinne »gerechtes« Wahlrecht – ein liberaler Wertehimmel, eine kapitalistische Grundordnung und ein Rechtsstaat herrschen. Ziel war es zugleich, eine gewisse soziale Sicherheit für alle Bürger herzustellen. »Volksstaat« und deutscher Nationalstaat gehörten in dieser Vorstellung – das ist von erheblicher Bedeutung – nahezu untrennbar zueinander.

Die räumlichen Rahmenbedingungen

Das Kaiserreich

Die Ambivalenz des Kaiserreiches – ob eher durch eine moderne oder eine vorwiegend rückwärtsgewandte Entwicklung gekennzeichnet – spiegelt sich nicht nur in dessen Realität, sondern auch im Urteil der Geschichtswissenschaft wider. Das Urteil über das Kaiserreich ist dementsprechend bis heute umstritten.¹² Hier sollen nur ganz grob und etwas oberflächlich einige wenige Aspekte der Problematik, die seit langem in der Diskussion stehen, genannt werden.¹³

Zum einen wird betont, das Kaiserreich sei in hohem Maße modernisierungsfähig gewesen und habe weitgehend dem »Normaltyp« einer entwicklungsoffenen (west-) europäischen konstitutionellen Monarchie entsprochen. Die Kultur- und Bildungspolitik galt in der Tat als außergewöhnlich vielgestaltig, fortgeschritten und offen für Neues. Der Analphabetismus war praktisch verschwunden, die deutsche »Hochbildung« galt international als führend und die Universitäten besaßen Weltgeltung. In nahezu allen kulturellen Bereichen (u. a. Theater, Literatur, Musik) prägten deutsche Künstler europäische Standards mit.

Auch wissenschaftliche Forschung, Technik sowie Wirtschaft entfalteten sich im Kaiserreich höchst dynamisch. In einem gewissermaßen nachholenden Prozess schien das Kaiserreich auf dem Wege zu sein, alle europäischen Konkurrenten

12 Vgl. dazu als neuere Zusammenfassung, die vor allem die Chancen einer Modernisierung betont: Kroll, Frank-Lothar: Geburt der Moderne. Politik, Gesellschaft und Kultur vor dem Ersten Weltkrieg, Berlin 2013.

13 Bereits in den 70er Jahren betonte Manfred Rauh, gegen den Trend der damaligen Geschichtsschreibung, die Chancen einer Modernisierung des Kaiserreiches: Rauh, Manfred: Die Parlamentarisierung des Deutschen Reiches, Düsseldorf 1977; danach auch die folgenden Gedanken.

16 Einleitung

ein-, wenn nicht gar zu überholen und zu einer wirtschaftlichen Großmacht in Europa aufzusteigen. Das Wirtschaftsbürgertum profitierte dabei und trieb diese Entwicklung seinerseits voran.

Um die Jahrhundertwende zählte das Deutsche Reich daher zu den weltweit führenden Industrienationen – mit großen Zukunftschancen. Die deutschen Unternehmen waren sogar auf dem Wege, auch Großbritannien – das Mutterland der industriellen Revolution – zu überholen.¹⁴ Die große – kaum einholbare – Konkurrenz lag allerdings außerhalb Europas: Das waren die kapitalkräftigen USA, die auf den europäischen und vor allem auch auf den deutschen und sächsischen Markt drängten.

Auch in der wichtigen »sozialen Frage«, durch den raschen industriellen Aufstieg Deutschlands besonders virulent, galt das Kaiserreich in Vielem als fortschrittlich. Deutschland schien hier führend zu sein, wenn man etwa die (bescheidene) Absicherung eines Teils der Arbeiterbevölkerung durch die Bismarck'schen Sozialversicherungen ins Zentrum stellt, »[...] mit den Gesetzen der 1880er Jahre zum Schutz der Arbeitnehmer gegen Lebensrisiken infolge von Krankheit, Unfall, Invalidität und Alter [hatte das Kaiserreich] das erste moderne System sozialer Sicherheit in der Welt aufgebaut. Die Sozialversicherung ist die bedeutendste institutionelle Erfindung des Sozialstaates.«¹⁵

Der hohe politische Preis dafür bestand allerdings im Kampf gegen die in der Sozialdemokratie organisierte Arbeiterschaft und war mit deren (bewusster) politischer Ausgrenzung – und damit einer verstärkten Spaltung der Gesellschaft – verknüpft. Was in der Sache hätte verbindend wirken können, trennte die Sozialdemokratie politisch noch stärker vom »System«, wurde von ihr vor allem als politischer Schachzug gegen sie interpretiert.

Ein Teil der deutschen Unternehmer wiederum versuchte ebenfalls, wenn man es vereinfachend zusammenfasst, (auch) durch soziale Maßnahmen die Lage der Arbeiterschaft zu verbessern und auf diese Weise den sozialen (und sehr begrenzt auch den politischen) Ausgleich zu suchen.¹⁶ Das war ein Ansatz, der allerdings neben dem Aspekt der sozialen Fürsorge und der sozialen (und politischen) Annäherung oft das Ziel hatte, die Arbeiter zu disziplinieren, von der jeweiligen Firma abhängig zu machen, an den bestehenden Staat zu binden und aus der

14 Kroll, Frank-Lothar: Demokratische Teilhabe im preußisch-deutschen Obrigkeitsstaat: Verfassung und Politik im späten Kaiserreich, in: Lappenküper, Ulrich/Ohnezeit, Maik (Hg.): Geburtstag der Demokratie? Oktoberreformen und Novemberumsturz 1918, Friedrichruh 2018, S. 7–17.

15 Ritter, Gerhard A.: Der Sozialstaat. Entstehung und Entwicklung im internationalen Vergleich, 3. Auflage, München 2010, S. 62. Vgl. auch denselben: »Der lange Weg«. Die Anfänge des Wohlfahrtsstaates in Deutschland, in: Nitschke: Jahrhundertwende. Bd. 1, S. 121–146.

16 Hierzu schon sehr früh, aber immer noch lesenswert: Ratz, Ursula: Sozialreform und Arbeiterschaft. Die »Gesellschaft für Soziale Reform« und die sozialdemokratische Arbeiterbewegung von der Jahrhundertwende bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges, Berlin 1980.

Sozialdemokratie herauszulösen. Genau in diesen Kontext ist auch das »Projekt« der Familie Arnhold einzuordnen.

Darüber hinaus schien, so die Hoffnung der Optimisten, auch das politische System wandlungsfähig gewesen zu sein – ein Aspekt, der den Weg zu einer modernen Demokratie hätte ebnen können. Deutschland habe sich – so die Argumentation – bereits im Kaiserreich auf dem Wege zu einer gewissermaßen schleichenden Parlamentarisierung befunden.¹⁷ So sei etwa das fortschrittliche Wahlrecht hervorzuheben, das in der Tat der Sozialdemokratie (theoretisch) größere Chancen als in jedem anderen westlichen Land einräumte und in einigen Punkten bereits dem der Bundesrepublik ähnelte.

Die ausgefeilte Wahlkultur, etwa im Vergleich zu den USA, sowie das Wahlrecht hätten ebenfalls mindestens auf der Höhe der damaligen Zeit gestanden. Sie hätten politische Maßstäbe gesetzt. Auch der Reichstag insgesamt hätte – so die Feststellung – an Bedeutung gewonnen. Nicht zuletzt waren auch die Auseinandersetzungen im Parlament oftmals von außergewöhnlicher Qualität.¹⁸

Demgegenüber gab es jedoch auch – und das ist zu betonen – stark retardierende Elemente, die den Weg in die europäische Moderne verhinderten und das Kaiserreich als geradezu modernisierungsunfähig erscheinen lassen.¹⁹ Diese Kritik gilt, entgegen den Argumenten der »Fortschrittlichkeit«, gerade und besonders dem politischen System. Sie gilt eher nicht den (ökonomischen) Möglichkeiten des Wirtschaftsbürgertums, das sich im Kaiserreich sehr gut entfalten konnte – und damit gewissermaßen politisch »beruhigt« wurde.

Statt des Bürgertums spielten im politisch-gesellschaftlichen System des Kaiserreiches hingegen der konservative Adel und das – nahezu außerhalb des politischen Systems agierende – Militär eine besondere Rolle – anders als in vielen anderen westeuropäischen Ländern. Diese besondere Konstellation erschwerte in hohem Maße eine mögliche weitere Demokratisierung des Kaiserreiches.

An der eher demokratiefeindlichen Reichsverfassung änderte sich bis zur Revolution von 1918/19 – so die weitere Kritik – ebenfalls nichts: Der Kaiser besaß den Oberbefehl über das Militär, war verantwortlich für die Außenpolitik und konnte den Reichstag (geradezu nach Belieben) einberufen oder auflösen. Der Reichskanzler wiederum, faktisch Träger der Macht, war allein vom Vertrauen des

17 So der Tenor des gesamten Buches von Rauh: *Parlamentarisierung*, 1977.

18 Richter, Hedwig: *Moderne Wahlen. Eine Geschichte der Demokratie in Preußen und den USA im 19. Jahrhundert*, Hamburg 2017.

19 Für eine breite Literatur nur Wehler, Hans-Ulrich: *Deutsche Gesellschaftsgeschichte, 1849–1914*, Bd. 3: *Von der »Deutschen Doppelrevolution« bis zu Beginn des Ersten Weltkrieges, 1849–1914*, München 1995 und derselbe: *Wirtschaftliche Entwicklung, sozialer Wandel, politische Stagnation: Das Deutsche Kaiserreich am Vorabend des Ersten Weltkrieges*, in: Lässig, Simone/Pohl, Karl Heinrich (Hg.): *Sachsen im Kaiserreich. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im Umbruch*, Weimar u. a. 1997, S. 301–308. Nach diesem Aufsatz auch die folgende Argumentation.

18 Einleitung

Kaisers, nicht aber vom Reichstag, abhängig. Er konnte insofern nahezu autonom gegenüber dem Reichstag, nicht aber gegenüber dem Kaiser, agieren.

Zudem fehlte den politischen Parteien der Wille zu einer parteiübergreifenden Zusammenarbeit, eine Vorbedingung für eine funktionierende parlamentarische Demokratie. Sie verharrten – so die Kritik – in ihren jeweiligen Milieus. Von einer Integration der immer stärker werdenden Sozialdemokratie in das politische und gesellschaftliche System war zudem keine Rede. Die Bildung einer parlamentarischen Mehrheit gegen die »kaiserliche Regierung« fand jedenfalls niemals statt.

Vor allem aber lehnten nicht nur die mächtigen traditionellen Eliten (Bürokratie, Wirtschaft, Adel, Militär) sondern auch – und das ist doch überraschend – die meisten Parteien eine weitergehende Demokratisierung des politischen Systems des Kaiserreiches ab. Das gilt vor allem für die Konservativen, das katholische Zentrum und die Nationalliberalen, in der Regel die politische Vertretung des deutschen Wirtschafts- und Bildungsbürgertums, jedoch nur bedingt für die kleinere, linksliberale »Fortschrittliche Volkspartei.«

Die vom System ausgeschlossenen Sozialdemokraten schwankten wiederum zwischen der revolutionären Idee eines sozialistischen, antikapitalistischen Volksstaates und einer vorläufigen Demokratisierung und Parlamentarisierung des Kaiserreiches. Wegen ihrer absoluten Isolierung hatten sie jedoch kaum Einfluss auf die konkrete Politik. Ihre faktische Ohnmacht förderte wiederum die revolutionären Vorstellungen der Partei, schweißte aber zugleich die anderen Parteien noch enger zusammen. Ein versöhnendes Element ging – so die Kritiker des Systems des Kaiserreiches – von dieser Konstellation nicht aus.

Auch die großen Interessenverbände drängten nicht auf eine stärkere Parlamentarisierung und eine weitere Demokratisierung. Der Bund der Landwirte (BdL) und der Centralverband der deutschen Industriellen (CdI), aber auch der eher liberale Bund der Industriellen (BdI), alle diese Organisationen zeigten nur wenig Interesse an einer grundlegenden politischen Reform. Sie forderten eher einen größeren Spielraum für ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen im bestehenden Kaiserreich. Eine (Volks-)Bewegung über alle Parteien hinweg, mit dem Ziel, die Demokratie weiter auszubauen, gab es in Deutschland – anders als etwa in Großbritannien mit dem Chartismus – nicht.²⁰

Als Fazit bleibt: Es gab offensichtlich Chancen sowohl in die eine wie auch in die andere Richtung, also zum politischen und sozialen Ausgleich wie auch zu einer weiteren Konfrontation. Es kam vor allem darauf an, welche Ideen sich durchsetzen würden – und das schien noch weitgehend offen zu sein. Es mussten jedoch sehr starke Impulse vom Bürgertum ausgehen, um in Richtung Modernisierung voranzukommen.

20 Neuere deutsche Literatur zu diesem Thema gibt es nicht. Zuletzt Schilfert, Gerhard: Die Chartistenbewegung. Über die Anfänge der internationalen Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert in England, Berlin 1956. Vgl. ferner: Chase, Malcom: Chartism: A New History, Manchester 2007.

Das Königreich Sachsen

Das Königreich Sachsen war in Kaiserreich und Republik – wie bereits erwähnt – nur ein »kleiner« Staat. Die Entwicklung dort stand aber in mancher Hinsicht exemplarisch für einige wichtige modernisierende Tendenzen und war insofern auch von allgemeinerer Bedeutung. Unter diesem Gesichtspunkt sollen daher die beiden folgenden Aspekte besonders betont werden.

Zum einen geht es um den Wunsch der Industrie (und von Teilen der Arbeiterschaft) nach Veränderung der ökonomischen Rahmenbedingungen, also der stärkeren Berücksichtigung der Interessen der sächsischen Industrie, der Verbraucher und vor allem der Arbeiter, sowie zum anderen – von ebenfalls großer Bedeutung – um das Problem der politischen Partizipation, in erster Linie also um den Wunsch, das Wahlrecht zu verändern. Auf beiden Gebieten geschah – so die These – in Sachsen Exemplarisches.

Ein Anspruch auf »Ausgewogenheit« oder gar »Vollständigkeit« der Darstellung wird wegen dieses speziellen Erkenntnisinteresses daher nicht erhoben. Sehr wichtige Bereiche gesellschaftlichen und politischen Lebens (Regierung, Hof, Militär, Arbeiterbewegung, soziale Lagen, Kultur u. a.) müssen ganz bewusst vernachlässigt werden. Eine »Geschichte Sachsens« kann und soll insofern nicht einmal in Ansätzen geboten werden.²¹

Die ökonomischen Rahmenbedingungen

Der Wunsch »der« sächsischen, im Wesentlichen verarbeitenden, Industrie bestand vor allem in einer Verlagerung der Prioritäten der staatlichen Politik, weg von der Förderung der Agrarier hin zu einer stärkeren Unterstützung der Industrie. Das Königreich sollte aus dieser Perspektive – um es überspitzt auszudrücken – von einem Agrar- zu einem modernen Industriestaat mutieren. Den Vertretern der Industrie – und auch dem liberalen (Wirtschafts-)Bürgertum – ging es dabei allerdings erst in zweiter Linie um eine zaghafte Demokratisierung des Wahlrechts.

21 Zu Sachsen grundsätzlich, quellengesättigt und weiterführend: Retallack James: Das rote Sachsen. Die Rolle von Administration und Regierung für die (Wahlrechts-)Politik durchzieht seine gesamte Studie. Ferner speziell für die politische Ebene: Döscher, Elvira/Schröder, Wolfgang (Bearbeiter): Sächsische Parlamentarier 1869–1918. Die Abgeordneten der II. Kammer des Königreichs Sachsen im Spiegel historischer Photographien. Ein biographisches Handbuch, Düsseldorf 2001. Es gibt darüber hinaus eine Fülle von Einzelstudien. Eine neuere erschöpfende Darstellung steht bislang aber noch aus. Zu Sachsen aus marxistischer Sicht: Czok, Karl (Hg.): Geschichte Sachsens, Weimar 1989. Ferner: Bramke, Werner: Erich Zeigners Demokratieverständnis, in: Bräuer, Helmut/Schlenkrich, Elke (Hg.): Die Stadt als Kommunikationsraum. Beiträge zur Stadtgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Festschrift für Carl Czok zum 75. Geburtstag, Leipzig 2001, S. 101–119. Zudem: Lässig/Pohl: Sachsen im Kaiserreich; danach auch viele der folgenden Gedanken.

20 Einleitung

Den Forderungen nach Verbesserung der Bedingungen für einen weiteren wirtschaftlichen Aufstieg und damit verbunden auch einem stärkeren sozialen Ausgleich zwischen »oben« und »unten« und, aus heutiger Perspektive, einer politischen Modernisierung im Sinne einer sozialen Demokratie, standen in dem konservativ beherrschten sächsischen Königreich vor dem Ersten Weltkrieg allerdings erhebliche Hemmnisse entgegen.

Das wichtigste Hindernis aus der Sicht der Ökonomie war vor allem das Auseinanderklaffen von politischen und ökonomischen Strukturen. Das Industrieland Sachsen wurde nämlich politisch bis ins frühe 20. Jahrhundert hinein überraschender Weise weitgehend durch die agrarisch geprägten Konservativen dominiert. Diese besondere und auch für die damalige Zeit ungewöhnliche politisch-ökonomische Konstellation hatte allerdings – das ist ebenfalls überraschend – bis ins frühe 20. Jahrhundert hinein die ökonomische Entwicklung des Landes noch nicht entscheidend behindert.

Das Land blieb bis dahin, obwohl »der Siegeszug der Schwerindustrie und des Großbetriebs weitgehend an dem Königreich vorbeigingen«,²² nach wie vor – wenn auch absteigend – die wirtschaftlich am weitesten entwickelte Region in Mitteleuropa. Allerdings herrschte im Königreich – angesichts der wachsenden politischen und ökonomischen Probleme – lange Zeit immer nur eine Art »fragiles Gleichgewicht«²³, wie Starke bereits für die früheren Jahrzehnte treffend konstatiert. Dieses fragile Gleichgewicht geriet dann jedoch im beginnenden 20. Jahrhundert ins Wanken.

Ein Kurswechsel zugunsten der Industrie schien daher dringend notwendig zu sein, wie die Wirtschaftskrise im Jahr 1901 zeigte, die Sachsen besonders hart traf.²⁴ Zum einen waren externe Faktoren dafür mitverantwortlich, die zum alsbaldigen Handeln nötigten. Zu nennen wäre etwa die verstärkte internationale Konkurrenz vor allem aus Amerika, die bereits Anfang des Jahrhunderts eine Reihe von Betrieben z. B. in der Dresdner Zigarettenindustrie aufkaufte (Jasmatzi, Sulima und Josetti). Diesen neuen Herausforderungen war die sächsische Wirtschaft mit ihrer starken Textil- und Fertigwarenindustrie nur noch begrenzt gewachsen.

Die Gewerbestruktur des Landes, in der Klein- und Handwerksbetriebe noch eine sehr große Rolle spielten und Großbetriebe eher die Ausnahme darstellten, behinderte den notwendigen Strukturwandel ebenfalls erheblich. Eine Neuausrichtung – mit all ihren schmerzlichen Problemen – schien aber trotzdem un-

22 Nonn, Christoph: Soziale Hintergründe des politischen Wandels im Königreich Sachsen vor 1914, in: Lässig/Pohl, Sachsen im Kaiserreich, S. 371–392, hier: S. 379.

23 Starke, Holger: Otto Richter und sein Dresden. Eine Doppelgeschichte, in: Hesse, Wolfgang/Starke, Holger (Hg.): Die im Lichte steh'n. Fotografische Porträts Dresdner Bürger des 19. Jahrhunderts, Dresden 2019, S. 39–90, hier: S. 45.

24 Vgl. dazu im Einzelnen mit vielen Beispielen Starke Holger: Grundzüge der Wirtschaftsentwicklung in der Stadt Dresden, in: Staatliche Kunstsammlungen Dresden, Kunstgewerbemuseum (Hg.): Jugendstil in Dresden, Wolftratshausen 1999, S. 24.

erlässlich zu sein. In der Tat verschwand im Laufe der nächsten Jahre etwa ein Drittel aller Handwerksbetriebe, was die politische Szene nicht gerade beruhigte.

Zum anderen aber waren es innenpolitische Strukturen, die einen Kurswechsel dringend erforderten, so die Sicht »der« Wirtschaft. Gesellschaftspolitisch geriet nämlich – wie erwähnt – unter der neuen wirtschaftlichen Problematik vor allem der alte sächsische Mittelstand aus Handwerk und Kleinhandel, die bisherige Stütze von Konservativen und Antisemiten, unter Druck. Seine Bedeutung schwand im Laufe der nächsten Jahre zugunsten eines neuen Mittelstandes aus Angestellten und Beamten. »Wegen der starken Exportorientierung der sächsischen Wirtschaft waren die Angestellten oder ›Privatbeamten‹ in dem Königreich [fortan] stark vertreten.«²⁵ In diesem Kontext ist daher auch die Initiative der Familie Arnhold zu verorten.

Dieser neue, schnell wachsende Bevölkerungsanteil war nun nicht nur für die »neue« sächsische Wirtschaft von großer Bedeutung, sondern neigte, anders als der »alte« Mittelstand, politisch eher – allerdings nicht ohne Vorbehalte – dem Wirtschaftsbürgertum und den liberalen Parteien zu. Insofern ging bereits von hier ein gewisser Druck zur Modernisierung des politischen Systems aus. Allerdings entstand durch diese neue Konstellation alsbald ein erhebliches Konfliktpotential zwischen beharrendem und »modernem« Mittelstand, zwischen Konservativen/Antisemiten und modernen Liberalen.

Vor allem aber war es die sächsische Zollgesetzgebung, die den Unmut der Industrie (und zugleich auch der Arbeiterschaft) hervorrief. Die zu Beginn des 20. Jahrhunderts neu eingeführten, deutlich erhöhten Zölle und Einfuhrbeschränkungen für Nahrungsmittel, die auf Drängen der Landwirtschaft zustande gekommen waren, potenzierten die bereits vorhandenen inneren Spannungen. »Die danach [nach der Zollgesetzgebung] dann sprunghaft steigenden Preise mobilisierten proletarische und bürgerliche Verbraucher gleichermaßen.«²⁶ Das Wort vom »Brotwucher« erhielt nun nicht nur bei den Arbeitern und der Sozialdemokratie, sondern auch bei vielen bürgerlichen Verbrauchern eine neue Bedeutung.

Zugleich – und das verstärkte den Unmut weiter – befürchteten sowohl industrielle Arbeitgeber wie auch Arbeitnehmer, der neue Agrarprotektionismus würde dazu führen, dass die ausländischen Märkte für die sächsische Exportindustrie geschlossen werden könnten. Ein ungehinderter Exportmarkt aber bildete eine wichtige Grundlage für die Existenz der sächsischen Industrie. Ein Einbruch des Exportes würde daher – so die Befürchtung – Arbeiterschaft und Industrie ge-

25 Nonn: Soziale Hintergründe, S. 386. Ferner derselbe: Verbraucherprotest und Parteiensystem im wilhelminischen Deutschland, Bonn 1996.

26 Starke: Otto Richter und sein Dresden, S. 59 »An der Wende zum 20. Jahrhundert war eine Entscheidungssituation herangereift. Die Nationalliberalen forderten angesichts der internationalen Konkurrenz die Rücknahme der Steuerreformpläne im Land, die Aufhebung der Ortsgesetze gegen den Warenhaus- und Filialbetrieb (›Wandergewerbe‹) und eine Reform des Kommunalwahlrechtes der Stadt«.

22 Einleitung

meinsam treffen. Beide wollten daher einen internationalen Zollkonflikt unbedingt vermeiden.

Hier zeigten sich also erste Interessenübereinstimmungen und damit auch Chancen, die politischen und gesellschaftlichen Klüfte zwischen Arbeitern und Unternehmern zumindest ansatzweise abzubauen, trotz aller gravierenden Gegensätze und ideologischen Spannungen.

Es war daher kein Zufall, dass mit dem Erscheinen Gustav Stresemanns in Dresden zu Beginn des 20. Jahrhunderts ein deutlicher Wandel und ein rasanter – auch politischer – Bedeutungsgewinn der sächsischen Wirtschaft im Lande eintraten. Ökonomische Interessen – verbunden mit sozialen Ideen – erhielten nun einen größeren Stellenwert. Mit Hilfe einer Reihe junger Ökonomen hob der reformorientierte Jungliberale, der anfangs noch den Nationalsozialen Friedrich Naumanns nahe gestanden hatte,²⁷ sehr rasch den Verband Sächsischer Industrieller (VSI) aus der Taufe, dessen erster Syndikus er dann mit erst 23 Jahren wurde.²⁸

Innerhalb weniger Jahre wuchs der VSI zu einer mächtigen industriellen Interessenvertretung heran, die im Jahr 1912 bereits die Interessen von fast drei Vierteln aller sächsischen Gewerbe- und Industriebetriebe vertrat – obwohl der Verband politisch nie uniform agierte.²⁹ Trotz erheblicher innerer Differenzen zwischen den verschiedenen Industriezweigen war damit jedoch ein Instrument entstanden, das massiven Druck auf die sächsische Politik ausüben konnte – und zwar im Sinne der sächsischen Industrie und ihrer wirtschaftsbürgerlichen Vorstellungen.

Auf direkter politischer Ebene reagierte »das« liberale Wirtschaftsbürgertum – parallel zu dieser Entwicklung – zugleich mit einer »Neuerfindung« der liberalen Partei. Diese mutierte innerhalb weniger Jahre von einem Honoratiorenclub zu einer mächtigen Industriepartei.³⁰ Das Ziel der erneuerten und umstrukturierten Partei, dem – wenn man es pointiert formuliert – »politischen Arm der sächsischen Industrie«, war es, massiv auf die sächsische Politik einzuwirken und wirtschaftliche Interessen politisch durchzusetzen. Der Weg dahin sollte, neben konkreter Lobbyarbeit, über eine Veränderung des restriktiven sächsischen Wahlrechtes erfolgen, von der die Nationalliberalen einen erheblichen politischen Bedeutungszuwachs erwarteten.

27 Pohl: Stresemann, S. 139.

28 Pohl: Stresemann, S. 165–177; danach auch die folgenden Gedanken, S. 113 ff.

29 Nonn: Soziale Hintergründe, S. 374 f.

30 Pohl, Karl Heinrich: Sachsen, Stresemann und der Verein Sächsischer Industrieller. »Moderne Industriepolitik« zu Beginn des 20. Jahrhunderts?, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 134 (1998), S. 407–440.

Das Problem des restriktiven Wahlrechtes

Das »Problem« *Wahlrecht* – um auf die politische Ebene überzugehen – war in Sachsen deswegen von besonderer Relevanz, weil das dortige, aus heutiger Sicht höchst ungerechte Wahlrecht die starke Sozialdemokratie systematisch benachteiligte. Bei einem »gerechten Wahlrecht« hingegen wäre sie, im Lande ihrer Entstehung, die stärkste Partei gewesen. Trotzdem aber – oder vielleicht gerade deswegen – wurde sie im Königreich aus der Landespolitik komplett ausgegrenzt.

Zudem – das war ein weiterer Grund für die Relevanz der immer intensiveren Diskussion über das Wahlrecht – hatte das relativ freie Reichstagswahlrecht bewiesen, dass ein demokratischeres Wahlrecht auch in den Zeiten des Kaiserreiches in Deutschland möglich war. Es kam offensichtlich nur darauf an, eine Änderung mit geeigneten Mitteln herbeizuführen. Sowohl die sozialdemokratische Arbeiterbewegung als auch – sehr begrenzt – das liberale Bürgertum drängten daher in der gesamten Zeit des Kaiserreiches auf eine größere politische Partizipation mit Hilfe eines demokratischeren Wahlrechtes.³¹

Allerdings sind trotz aller Kritik an den restriktiven Wahlrechten im Königreich Sachsen und in den deutschen Kommunen, insbesondere auch in Dresden, die historischen Relationen sowie die Tatsache zu beachten, dass das relativ weitgehende Wahlrecht des Reiches geradezu eine europäische Besonderheit darstellte.³² Tatsächlich entsprachen sowohl das reformierte sächsische Landtagswahlrecht sowie sogar das besonders restriktive kommunale Wahlrecht in Dresden eher der europäischen Norm.

Gerade der internationale Vergleich zeigt, dass das Wahlrecht im westlichen Ausland häufig noch deutlich undemokratischer war als das anscheinend so reaktionäre deutsche Kommunalwahlrecht. Besonders der Vergleich mit den USA – wie ihn Hedwig Richter dezidiert untersucht hat – zeigt die Fortschrittlichkeit der deutschen Wahlkultur.³³ Dieser Aspekt ist daher bei aller (berechtigten) Kritik an den »undemokratischen Wahlrechten« – gerade auch in der Kommune Dresden – immer auch zu beachten.

Trotzdem aber entwickelte die »Wahlrechtsfrage« in Sachsen und Dresden eine besondere Virulenz. Denn in der Auffassung, dass eine weitere Demokratisierung absolut notwendig sei, trafen sich – zumindest partiell – die Interessen von Sozialdemokraten und Liberalen. Die Sozialdemokraten traten aus prinzipiellen politischen Gründen dafür ein. Für das Wirtschaftsbürgertum und die

31 Pohl: Stresemann. Ausführlich und voller interessanter Details Retallack: Rotes Königreich, S. 301 ff.

32 Pohl, Karl Heinrich: Kommunen, Liberalismus und Wahlrechtsfragen: Zur Bedeutung des Wahlrechts für die »moderne« Kommunalpolitik in Deutschland am Ende des 19. Jahrhunderts, in: JzLF 13 (2001), S. 113–149, hier: S. 128.

33 So das Resümee von Richter: Moderne Wahlen.

24 Einleitung

Liberalen wiederum – die hier im Mittelpunkt stehen – war eine partielle Demokratisierung des Wahlrechtes vor allem eine Frage der politischen Klugheit und des Eigeninteresses.

Zum einen konnten sie bei einer geeigneten Reform das eigene Wählerpotential vergrößern, somit ihre Macht ausweiten und zum anderen die Sozialdemokraten »beruhigen«. Nicht zuletzt hofften sie, die vielen städtischen Verbraucher, die die Regierungspolitik ablehnten und die durch sie entstandene Teuerung am eigenen Leibe täglich erfuhren, für sich zu gewinnen.³⁴

Das schließlich im Jahr 1907 neu – auf Druck von Liberalen und Sozialdemokraten – eingeführte Pluralwahlrecht, bei dem durch Einkommen, Besitz, Vorbildung und Alter jeweils zusätzliche Stimmen erworben werden konnten, erfüllte dann vor allem den Wunsch der Liberalen, »Druck aus dem politischen Kessel« zu nehmen und zugleich die eigene Position zu verbessern. Zudem schützte das neue Wahlrecht Bürgerliche und Konservative erst einmal vor einer »Überflutung« durch die Sozialisten, eine der größten Ängste des Bürgertums.

Die bislang von der Macht ausgeschlossenen Sozialdemokraten wiederum wurden nun zumindest teilweise an der parlamentarischen Arbeit beteiligt. Das mochte auf lange Sicht eine Annäherung an das – allerdings noch weiter zu reformierende – politische System befördern helfen – so die Hoffnung der Liberalen und des VSI. Immerhin konnte sich nach der Wahlrechtsänderung ein stärkeres parlamentarisches Leben im sächsischen Landtag entwickeln – eine Vorstufe für eine weitere mögliche Demokratisierung.

Nach der Wahlrechtsänderung kam es sogar punktuell – und darin lag eine Besonderheit in der Geschichte Sachsens – zu einem gemeinsamen Kampf und ansatzweise auch zu einer – an sich sehr ungewöhnlichen – inhaltlich und zeitlich begrenzten Kooperation zwischen Arbeit (Sozialdemokraten, Freie Gewerkschaften) und Kapital (NLP, VSI) gegen das bestehende konservativ-agrarisch beherrschte politische System.³⁵

Viele sächsische Unternehmer behandelten – um nur ein Beispiel zu nennen – die Gewerkschaften fortan deutlich anders, nämlich entgegenkommender, als anderswo im Kaiserreich.³⁶ Es entwickelten sich im Königreich sogar – trotz des weiterhin bestehenden starken Antagonismus – partiell eine relativ arbeiterfreundliche Variante von Unternehmenspolitik sowie ein sozialpolitisch gemäßigter Kurs, die auf regionaler Ebene im Kaiserreich ihresgleichen suchten.

Insofern zeigten sich im Sachsen der Jahrhundertwende erste bescheidene Ansätze eines möglichen Weges einer gesellschaftlichen »Versöhnung« über die poli-

34 Hierzu ganz allgemein Nonn: Verbraucherprotest und Parteiensystem.

35 Nonn: Soziale Hintergründe, S. 377 f.

36 Pohl: Sachsen, Stresemann und der Verein Sächsischer Industrieller; danach auch die folgenden Gedanken.

tischen Gräben hinweg. Das machte soziale Bemühungen eines aufgeschlossenen sächsischen (Wirtschafts-) Bürgertums und sächsischer Sozialpolitiker, wie die Arnholds es waren, einen Ausgleich über alle Klassen hinweg zu erreichen, nicht von vornherein chancenlos.

Das alles aber war nur ein Trend und nicht wirklich belastbar. Nicht nur das Bürgertum, sondern auch die Arbeiterschaft war in der Frage einer Kooperation mit den jeweils »Anderen« höchst zerstritten. Die linke sozialdemokratische Parteiführung in Leipzig etwa lehnte den »süddeutschen Weg«, nämlich mit Hilfe eines sozialreformerischen Kurses das revolutionäre Endziel, den sozialistischen Staat aufzubauen, strikt ab und der Flügel der Textilindustriellen im VSI beharrte auf seinem »Herr im Hause« Standpunkt, also einer Politik der Bekämpfung statt einer Kooperation mit der Arbeiterschaft. Immerhin schien eine Entwicklung in Richtung »Modernität« nicht völlig ausgeschlossen zu sein.³⁷

Die Residenzstadt Dresden

Allgemeine Überlegungen

»Der Geburtsort der bürgerlichen Gesellschaft ist die Stadt.«³⁸ Mit diesem knappen Statement beschreibt Dieter Langewiesche die Rolle des Bürgertums bei dem Aufbau einer modernen, bürgerlichen, sozial aufgeschlossenen Gesellschaft im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert. In »der« Stadt entwickelte das deutsche Bürgertum – so Langewiesche weiter – ein liberales und in die Moderne weisendes Gesellschaftsmodell. Über diese »Keimzelle« und ihre bürgerliche Strahlkraft sollte – so die Vorstellung der Protagonisten – die Gesellschaft im Kaiserreich (und später in der Weimarer Republik) liberal, bürgerlich, sozial und kulturell offen, »gerechter« und »zukunftsfähig« werden.³⁹

Dieses Gesellschaftsmodell war in vielen deutschen Kommunen – zumindest teilweise – durchaus erfolgreich. In ihnen wurde bereits im ausgehenden 19. Jahrhundert und dann verstärkt im beginnenden 20. Jahrhundert hinein versucht – anders als auf Reichs- oder auch auf Länderebene – grundlegende und »moderne« Lösungsstrategien für soziale, kulturelle, ökonomische und vereinzelt auch politische Probleme, im Sinne eines bürgerlich interpretierten »Allgemeinwohls« und

37 Einer allzu euphorischen Sichtweise ist sehr deutlich entgegenzuhalten, dass die wirtschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen sowie eine tiefe ideologische Kluft zwischen Wirtschaftsbürgertum und Sozialisten und ihren Organisationen auch weiterhin bestanden und bis weit in die Weimarer Republik hinein wirkten.

38 Langewiesche, Dieter: Kommunal Liberalismus im Kaiserreich. Bürgerdemokratie hinter den illiberalen Mauern der Daseinsvorsorge-Stadt, in: Lehnert, Detlef (Hg.): Kommunal Liberalismus in Europa. Großstadtprofile um 1900, Köln u. a. 2014, S. 39–71, hier: S. 39.

39 Langewiesche: Kommunal Liberalismus, S. 39, danach auch die folgenden Gedanken.